

Ebene.

- Zumindest in Beijing und Xi'an handelte es sich bei den Demonstrationen um eine koordinierte Aktion von Studenten mehrerer Hochschulen.

- Antijapanische und regierungskritische Demonstrationen fanden nicht nur in einer Stadt, sondern in mindestens vier chinesischen Großstädten statt. Dabei wurden im wesentlichen gleiche Parolen skandiert.

- Der Besuch von Nakasone am Yasukuni-Schrein fand bereits am 15. August 1985 statt. Die ersten antijapanischen Protestaktionen begannen jedoch erst Mitte September. Inzwischen hatten sich spontane chinesische Proteste wahrscheinlich direkt an die Yasukuni-Affäre angeschlossen.

- Nach Darstellung der Hongkonger Zeitschrift Zhengming wurden die Studentendemonstrationen im wesentlichen von Söhnen konservativer Spitzenkader initiiert, und "chinesischen Quellen" des Far Eastern Economic Review zufolge sind die Reformgegner innerhalb der Partei die eigentlichen Hintermänner der Studentendemonstrationen (Zhengming, Dezember 1985, S.6 u. 11; FEER, 5.12.85, S.16).

- Nach Darstellung der Hongkonger Zeitschrift Zhengming bildeten ältere Studenten der Beida und der Qinghua-Universität nach den Demonstrationen in Beijing eine Kommandozentrale zur Koordinierung der studentischen Aktivitäten anlässlich des 50. Jahrestages der "Bewegung des 9. Dezember", mit dem Ziel, am 9. Dezember 1985 in ganz China Studentendemonstrationen durchzuführen. Zu diesem Zweck sollen - nach Darstellung von Zhengming - mehrere Tausend "Aufrufe" gedruckt und direkte Kontakte zu Studenten verschiedener Hochschulen in mindestens acht chinesischen Städten geknüpft worden sein. (Zhengming, Dezember 1985, S.11)

Um eine Ausweitung der studentischen Proteste zu verhindern, wurde die KPCh-Führung in mehrerer Hinsicht aktiv. Die Provinzfürhungen erhielten offenbar eine Anweisung, sich verstärkt der Probleme der Studenten anzunehmen, um ein Übergreifen der Proteste auf größere Teile der Studentenschaft zu verhindern (siehe u.a. RMRB, 6.11.85). Darüber hinaus wurde in den Massenmedien ab Ende Oktober 1985 indirekt auf die während der Demonstrationen vorgetragenen Vorwürfe der Studenten Stellung genommen. Dabei wurde die Politik der außenwirtschaftlichen Öffnung vehement verteidigt, denn - so die

Begründung - nur so könnten Wirtschaft, Wissenschaft und Technik schnell genug entwickelt werden, damit China möglichst bald Anschluß an die entwickelten Staaten finden könne. Alle historischen Erfahrungen Chinas zeigten, daß durch Isolationismus die Modernisierung des Landes unmöglich sei. Von einer "wirtschaftlichen Aggression" ausländischer Staaten gegenüber China könne überhaupt keine Rede sein, da China - im Gegensatz zu 1935 - heute ein souveräner Staat sei, der selbst entscheide, was von wem in welchen Mengen importiert werde. Insofern sei auch die Forderung nach einem "Boykott ausländischer Produkte" fehl am Platz. Der Ausgleich der defizitären Außenhandelsbilanz sei besser durch eine Erhöhung der chinesischen Exporte als durch eine Verringerung der Importe von Konsumgütern auszugleichen. Falsch sei auch der Eindruck, daß nur die Ausländer am bilateralen Handel profitierten - auch China zöge daraus Gewinn! (Zhongguo Qingnian Bao, 26.10.85, nach SWB, 7.11.85) Auch die Preisreform und die damit zusammenhängenden von den Studenten kritisierten Preiserhöhungen wurden in den Massenmedien als absolut notwendig bezeichnet, um die Reform des gesamten Wirtschaftssystems zum Erfolg führen zu können (siehe u.a. RMRB, 14 u. 26.11.85). Schließlich wurde auch die nicht nur von Studenten vorgebrachte Kritik am Bau des Baoshan-Stahlwerks in Shanghai zurückgewiesen: Baoshan sei keineswegs eine Fehlinvestition gewesen, und von einem "Faß ohne Boden" könne auch nicht gesprochen werden (RMRB, 20. und 27.11.85).

Am 1. November 1985 erließen der Kommunistische Jugendverband, der Nationale Jugendverband und der Nationale Studentenverband ein Rundschreiben über die Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag der "Bewegung des 9. Dezember". Darin wurden die Jugendlichen u.a. aufgefordert, sich der Führung der KPCh über die Feierlichkeiten unterzuordnen, Disziplin zu halten sowie Ruhe und Einheit zu bewahren. Die Feierlichkeiten sollten vor allem erzieherischen Charakter haben, damit die Jugend verstehe, daß ihre heutige Aufgabe eine grundlegend andere sei als zu Zeiten der "Bewegung des 9. Dezember". Heute müßten sich die jungen Leute in Ruhe und Geschlossenheit der sozialistischen Modernisierung widmen und zu "neuen sozialistischen Menschen mit Idealen, Moral, Kultur und Disziplin" werden. Die Jugendlichen sollten vor allem zu einer "korrekten Erkenntnis über die gegenwärtige ausgezeichnete Lage und über den politischen Kurs der Partei" gelangen und begreifen, daß sich Reform und Aufbau "gut" ent-

wickelten. (RMRB, 2.11.85)

Die Forderung nach einer positiven Haltung gegenüber der gegenwärtigen Situation und gegenüber dem Reformkurs wurde auch in einem KJV-internen Rundschreiben erhoben. Das Sekretariat des KJV-Zentralkomitees mahnte von den 48 Millionen KJV-Mitgliedern die Einhaltung der "revolutionären Disziplin" an und verurteilte jedweden "Individualismus" und "Anarchismus". (RMRB, 6.11.85)

Die Unzufriedenheit unter den Studenten mit einigen Aspekten des Reformkurses und der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation war auch das Hauptthema eines Forums der Zentralen Beraterkommission über die "Bewegung des 9. Dezember", zu dem 120 Studenten und Lehrkräfte von 16 Beijinger Hochschulen eingeladen worden waren. Auf dieser Veranstaltung, die vom 23. bis 27. November 1985 stattfand, wurden die Studenten wiederholt aufgefordert, sich entschlossen hinter den Reformkurs zu stellen, sich der Führung durch die KPCh unterzuordnen und "Ruhe und Einheit" zu bewahren. (RMRB, 24., 26. u. 28.11.85) -sch-

*** (9) Neuer Parteisekretär der Provinz Heilongjiang**

Zum neuen Parteichef der Provinz Heilongjiang wurde der bisherige stellvertretende Provinzparteisekretär von Liaoning, Sun Weiben, ernannt. Sun löste am 16. November 1985 den bisherigen Provinzparteisekretär Li Li'an in diesem Amt ab. Gleichzeitig übernahm Sun Weiben auch die Position des 1. Sekretärs des Parteikomitees des Provinzmilitärbezirks von Heilongjiang. Sun Weiben war auf der Nationalen Delegiertenkonferenz der KPCh im September 1985 zum ersten Mal als Vollmitglied ins Zentralkomitee der KPCh gewählt worden. (Radio Heilongjiang, 18.11.85, nach SWB, 21.11.85) -sch-

KULTUR

*
*
* * * * *

*** (10) Nationale Erhebung über Wissenschaft und Technik**

Der Staatsrat hat kürzlich ein Zirkular über seinen Beschluß herausgegeben, vom 4. Quartal 1985 bis zum 2. Quartal 1986 eine nationale Erhebung über den Stand von Wissenschaft und Technik durchzuführen. Hauptziel dieser Erhebung ist es, die Wissenschaftler und Techniker sowie die Forschungsaktivitäten der 4.705 unabhängigen Forschungs- und Entwicklungsinstitu-

tionen auf oder oberhalb der Prä-fektur- und Stadtebene sowie der gut 5.000 größeren Unternehmen zu erfassen.

Die Daten werden von den Führungsorganen auf verschiedenen Ebenen für die Planung bezüglich der Wissenschaftspolitik und der Forschungs- und Entwicklungspläne ausgewertet. Die Erhebung erstreckt sich u.a. auf folgende Fragen: Stand der unabhängigen Forschung und Entwicklung; Stand der Technik und Entwicklung an großen und mittleren Betrieben; Stand der wissenschaftlich-technischen Gesellschaften und Vereinigungen auf dem Gebiet der Naturwissenschaften; Stand der Patente sowie der Im- und Exporte; Stand des Verwaltungssystems in Wissenschaft und Technik auf jeder Ebene.

In dem Zirkular werden alle Volksregierungen auf Provinzebene sowie die entsprechenden Abteilungen des Staatsrates aufgefordert, die Erhebung ernstzunehmen und genaue und verlässliche Daten abzuliefern. Allerdings wird zugegeben, daß die erste Erhebung dieser Art angesichts des gegenwärtigen Zustandes der Wissenschaftsstatistik in China noch weitgehend Experimentiercharakter haben werde.

So stelle die Erhebung den Versuch dar, die Wissenschaftsstatistik mit modernen Management-Methoden in Einklang zu bringen. Die Erhebung wird unter der Leitung der dem Staatsrat unterstellten Führungsgruppe für wissenschaftliche Arbeit durchgeführt. Die Staatliche Kommission für Wissenschaft und Technik richtet zu diesem Zweck ein nationales Erhebungsbüro für Wissenschaft und Technik ein, dem die Organisation und praktische Durchführung obliegt. Mit der Erhebungsarbeit wurde Anfang November begonnen (RMRB, 31.10.85).

Die Erhebung dürfte ein schwieriges Unterfangen sein, weil bisher statistische Daten über den Wissenschaftsbetrieb nur in unzureichendem Maße vorhanden sind. Da Wissenschaft und Technik als eine der Vier Modernisierungen in den letzten Jahren stark gefördert worden sind und sich die Aktivitäten auf diesem Gebiet in einem bisher nicht gekannten Maße ausgeweitet haben, da zudem auf zentraler Ebene neben der Staatlichen Kommission für Wissenschaft und Technik noch eine ganze Reihe anderer Ministerien Aktivitäten auf diesem Gebiet entfalten - gar nicht zu reden von den Aktivitäten auf lokaler Ebene -, erscheint eine Koordinierung dringend erforderlich. Nur dann ist eine sinnvolle Planung möglich. -st-

*(11)

Unzufriedenheit unter Studenten

Die politische Führung Chinas scheint zur Zeit große Probleme mit den Studenten zu haben. Dies ist Berichten zu entnehmen, die in Provinzzeitungen oder über die Rundfunkstationen der Provinzsen-der veröffentlicht wurden (vgl. SWB, 2., 7., 14. und 27.11.85), während die zentralen Organe die Probleme nur indirekt ansprechen. Auffallend ist, daß aus den Provinzen übereinstimmend gemeldet wird, daß führende Vertreter der Provinz-Parteikomitees, meist sogar der Parteisekretär der jeweiligen Provinz oder sein Stellvertreter, im Oktober und November 1985 die Universitäten oder Hochschulen ihrer Provinz besuchten, um mit den Studenten und Professoren zu diskutieren. Entsprechende Berichte liegen von fast allen Einheiten auf Provinzebene vor. Die Häufung dieser Besuche läßt darauf schließen, daß die Provinz-Parteiführer auf Weisung der Zentrale handelten. Offensichtlich ist in letzter Zeit die Unruhe unter den Studenten derart gewachsen, daß sie für die Partei ein ernstes Problem darstellt und man deshalb versuchen will, die Studenten durch Gespräche zu beruhigen.

In allen Berichten wird gesagt, daß es sich um offene, freimütige Diskussionen handelte, in denen die Studenten ihre Probleme uneingeschränkt vortragen konnten. Allerdings scheint in den meisten Fällen nur ein ausgewählter Kreis von Studenten und Lehrkräften Zugang zu den Diskussionen gefunden zu haben; die Teilnehmerzahlen bewegten sich zwischen einigen Dutzend und mehreren hundert, in einigen Fällen auch über 1.000 (Ostchinesische Pädagogische Hochschule in Shanghai), 2.000-3.000 (Hunan, Nanjing) oder gar 10.000 (Tongji-Universität Shanghai). Die Fragen der Studenten wurden offenbar zumeist schriftlich vorgelegt, aber häufig kam es auch zu spontanen Fragen.

Um welche Probleme ging es nun im einzelnen bei den Diskussionen? Die Vielzahl der vorgetragenen kritischen Punkte läßt sich in zwei große Komplexe unterteilen: solche, die die Studiensituation, die Universität und den Lebensstandard der Studenten betreffen, und solche, die die gegenwärtige politische und wirtschaftliche Lage ganz allgemein betreffen.

Das Hauptproblem, an dem sich die Unzufriedenheit und Kritik der Studenten an den gegenwärtigen Zuständen entzündet hat, ist zweifellos die Preispolitik. Die Studenten klagen insbesondere über die Preissteigerungen für Nah-

rungsmittel und für Bücher. Unter diesen Preissteigerungen haben sie schwer zu leiden, da sie kein Einkommen haben und ihre Stipendien offensichtlich nicht erhöht worden sind. Sodann wurde massive Kritik an den alltäglichen Lebensumständen der Studenten laut, etwa an dem schlechten Mensaessen, (ein Problem übrigens, mit dem sich die Guangming-Zeitung am 14.11.85 befaßte, den Studentenheimen, den hygienischen Verhältnissen und der schlechten Verwaltung an den Universitäten und Hochschulen. Hinzu kam Kritik an der Studiensituation: Mangel an qualifizierten Lehrkräften, Mangel an Bibliotheksraum und sonstiger Ausstattung.

Ein weiterer Punkt, der immer wieder zur Sprache kam, war die politisch-ideologische Arbeit an den Hochschulen. Die Studenten fordern eine Verbesserung der ideologischen Erziehung. Was genau hinter dieser Forderung steht, ist schwer auszumachen, weil die Hintergründe nicht genannt werden. Offensichtlich aber herrscht unter den Studenten eine relativ liberale Atmosphäre; häufig heißt es in den Berichten, die Parteiführer seien u.a. gekommen, um sich über die ideologischen Trends unter den Studenten zu informieren. Die neue Studentengeneration gibt sich nicht mehr mit dem politischen Unterricht, wie er in der Vergangenheit veranstaltet wurde, zufrieden. Sie wollen nicht mehr stur die marxistischen Theoretiker und Parteidokumente lesen und nicht alles als unumstößliche Wahrheit hinnehmen, ohne über Probleme diskutieren zu können. Dies erfordert selbstverständlich eine bessere Qualität der Lehrer für politische Bildung, eine Forderung, die immer durchklingt. In diesem Zusammenhang ist auf einen Artikel in der Guangming-Zeitung vom 9.11.1985 zu verweisen, in dem der Unterricht in politischer Theorie von zwei Dozenten an der Ostchinesischen Pädagogischen Hochschule als vorbildlich hingestellt wird. Die Dozenten gestalten den Unterricht so interessant, daß er bei den Studenten sehr beliebt ist. Der Artikel erwähnt mit keinem Wort, daß es in dieser Hinsicht Probleme an den Hochschulen gibt, doch vor dem Hintergrund der Kritik von seiten der Studenten wird deutlich, warum sich die Zeitung mit diesem ansonsten unbedeutenden Thema befaßt.

Schließlich berührt die Studenten in bezug auf ihre eigene Situation die Frage der Stellenzuweisung nach dem Examen. Was die Studenten hier kritisieren, ist ebenfalls nicht leicht zu erkennen. Bekanntlich ist das Stellenverteilungssystem für Hochschulabsolventen kürzlich reformiert worden dahin-

gehend, daß nur noch ein kleiner Teil vom Staat in staatliche Stellen vermittelt wird, während sich der größte Teil der Kandidaten jetzt selber eine Stelle suchen muß. Im nichtstaatlichen Sektor, in dem nun wahrscheinlich die meisten unterkommen, sind die Gehälter nicht so hoch wie im staatlichen, weshalb diese Stellen bei den Studenten nicht so beliebt sind.

Was die Fragen zum zweiten Komplex, also der politischen und wirtschaftlichen Situation, angeht, so gaben die offiziellen Vertreter in der Regel einen Bericht über die aktuelle Lage ab, insbesondere über die Beschlüsse der nationalen Delegiertenkonferenz der KPCh vom September 1985. Diese Berichte scheinen die Studenten jedoch nicht befriedigt zu haben, denn auch hier wurden teilweise recht kritische Fragen gestellt. In politischer Hinsicht wurden vielfach der Arbeitsstil der Partei und die Strukturreform kritisiert. Offensichtlich wird bemängelt, daß die Reform nicht durchgreifend genug durchgeführt wird. Es gebe immer noch viele Parteimitglieder, die ihre Position und ihre Macht ausnutzten, um persönliche Vorteile zu erlangen (Radio Xi'an, 2.11.85, nach SWB, 7.11.85).

Angesichts der Beschwerden der Studenten über die Preissteigerungen nahm die Diskussion der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik einen breiten Raum ein. Alle offiziellen Vertreter erläuterten die Wirtschaftsreformen und begründeten die Notwendigkeit der Preissteigerungen und des gesamten Reformkurses. Die Berichte vermitteln vielfach den Eindruck, als seien die Studenten gegen die Wirtschaftsreformen eingenommen. Davon kann aber keine Rede sein; vielmehr brachten sie Probleme zur Sprache, die eine unvermeidliche Folgeerscheinung der Reformen sind und einzelne Gruppen der Bevölkerung, darunter die Studenten, besonders hart treffen. In dieser Hinsicht allerdings konnten die Politiker keine Abhilfe in Aussicht stellen. Daneben wurden auch Probleme angesprochen, die die ganze Bevölkerung angehen: die Versorgungslage, Verkehrs- und Wohnungssituation und die Umweltverschmutzung.

Nicht zuletzt wurde die Politik der Öffnung ausführlich diskutiert. Auch hier dürfte es nicht so sein, daß die Studenten diese Politik ablehnen, sondern lediglich einige damit verbundene Schwierigkeiten zur Sprache brachten. Von offizieller Seite wurden die bürgerlichen Liberalisierungstendenzen und der blinde und übermäßige Import von Konsumgütern als

Probleme angeführt, die ungute Folgeerscheinungen der Öffnungspolitik seien. Doch sei es absurd, normale Wirtschaftsbeziehungen und Handelsüberschüsse oder -defizite zwischen verschiedenen Ländern als wirtschaftliche Aggression hinzustellen (Radio Chengdu, 2.11.85, nach SWB, 7.11.85). Hier ging es offensichtlich um die Zahlungsbilanzüberschüsse Japans, die bereits bei den antijapanischen Studentendemonstrationen im September und Oktober eine Rolle gespielt hatten.

Diskussionen politischer Führer mit Studenten hat es bisher in China in dieser Form nicht gegeben. Aber es ist sicher nicht das erste und letzte Mal, daß derartige Gespräche stattfanden. Vielfach wurde eine Fortführung des Dialogs schon vereinbart. Der Partei geht es bei dieser Aktion darum, ein Vertrauensverhältnis zwischen ihr und der heutigen Studentengeneration, auf deren Schultern die Modernisierungspolitik zum großen Teil lasten wird, herzustellen. Dabei spielt sicher auch die Angst der politischen Führung vor Studentendemonstrationen größeren Ausmaßes mit. Nur so erklären sich die wiederholten Aufrufe, Stabilität und Einigkeit zu bewahren.

*(12)

Weitere Provinzen auf dem Wege zur Einführung der neunjährigen Schulpflicht

Im November 1985 fand in Beijing eine Konferenz mit Pädagogen aus 12 Provinzen statt. Auf der Konferenz ging es um die konkreten Pläne der einzelnen Provinzen, wie sie den ZK-Beschluß über die Reform des Erziehungswesens zu realisieren gedenken. Bei den 12 Provinzen handelt es sich um Heilongjiang, Jilin, Hebei, Shanxi, Shaanxi, Henan, Anhui, Hubei, Hunan, Sichuan, Jiangxi und Fujian. Laut XNA (22.11.85) soll im August bereits eine ähnliche Konferenz der acht in dieser Hinsicht führenden Einheiten auf Provinzebene stattgefunden haben, darunter Beijing, Shanghai, Jiangsu und Zhejiang. In den nächsten Monaten soll eine dritte Konferenz dieser Art für die weniger entwickelten Provinzen abgehalten werden.

Die zentralen Probleme, um die es auf der Konferenz ging, waren die Einführung der neunjährigen Schulpflicht und das damit eng verbundene Problem der Lehrkräfte. Alle zwölf Provinzen messen diesen Problemen größte Bedeutung bei, was darin zum Ausdruck kommt, daß sie das Erziehungswesen zu einem Schlüsselprojekt erhoben haben, für das verstärkte Investitionsmittel zur Verfügung gestellt wur-

den. Nach den Plänen dieser Provinzen soll die neunjährige Schulpflicht in den jeweils entwickelteren Gebieten bis 1990, in den weniger entwickelten Gebieten bis 1995 eingeführt werden (XNA, 22.11.85).

Li Peng, der Vorsitzende der Staatlichen Kommission für das Erziehungswesen, stellte zwei positive Punkte für die günstige Lage im Erziehungswesen heraus: 1. würden sich die Provinzregierungen seit Verkündung des Reformbeschlusses (Mai 1985, vgl. C.a. 1985/5, Ü 16) viel mehr um die Erziehungsarbeit kümmern und würden die Schulen und Lehrer jetzt eine weitaus bessere Stellung einnehmen; 2. würden die Provinzen jetzt in verstärktem Maße Untersuchungen und Forschungen über den Stand des Erziehungswesens in ihrem Bereich anstellen und Pläne für die Verwirklichung des Beschlusses aufstellen sowie Maßnahmen zur Verwirklichung der Pläne ergreifen. Aber man müsse auch sehen, daß dies nur ein erster Schritt und die Realisierung des ZK-Beschlusses eine langfristige Aufgabe sei.

Li Peng sprach auch den Hochschulsektor an. In den letzten Jahren habe sich dieser Sektor sehr schnell entwickelt. Gegenwärtig gebe es in China bereits über 1.000 Institutionen im tertiären Bildungssektor. Das Wichtigste sei zur Zeit nicht die Gründung neuer Hochschulen, sondern die Konsolidierung der vorhandenen Institutionen sowie die Anhebung ihrer Qualität, die Erweiterung des Lehrkörpers und der Ausbau der Einrichtungen. Auch müsse die Erwachsenenbildung im tertiären Bereich, insbesondere die Fernsehuniversität, verstärkt ausgebaut werden. Der Staat werde im kommenden Jahr speziell einen Frequenzkanal für das Bildungsfernsehen eröffnen. Die Fernsehuniversität solle auch die Abiturienten des jeweiligen Jahrgangs aufnehmen (RMRB, 21.11.85).

Die auf der Konferenz behandelten Themen lassen erkennen, wo die Prioritäten im Bildungswesen gegenwärtig liegen: Generelle Erhöhung der Investitionen im Erziehungswesen, baldige Einführung der neunjährigen Schulpflicht in den entwickelteren Gebieten und Vermeidung eines zu starken quantitativen Ausbaus der Hochschulen. Statt dessen sollen das Niveau und die Ausstattung der Hochschulen verbessert werden. Offensichtlich hegt man die Sorge, daß es bei einem zu schnellen weiteren Ausbau des Hochschulsektors zu akademischer Arbeitslosigkeit kommen könnte. Zwar werden qualifizierte Fachleute in großen Zahlen gebraucht, aber die zur Verfügung

stehenden finanziellen Mittel setzen Grenzen. -st-

*(13)

Lehrerbildung

Vom 20.-24. November 1985 fand in Beijing eine nationale Konferenz über Lehrerbildung statt, an der gut 300 Vertreter der Erziehungsbehörden aller 29 Einheiten auf Provinzebene teilnahmen. Die Lehrerbildung ist das Schlüsselproblem bei der Einführung der neunjährigen Schulpflicht, die am stärksten dadurch behindert wird, daß es zu wenig Lehrer gibt und viele Lehrer nicht gut genug ausgebildet sind. In den kommenden fünf Jahren, so sagte He Dongchang, der stellvertretende Vorsitzende der Staatlichen Erziehungskommission, auf der Konferenz, brauche China zusätzlich 1 Million Grundschullehrer und 750.000 bzw. 300.000 Mittelschullehrer für die Unter- und Oberstufe. Alle nicht ausreichend qualifizierten Grund- und Mittelschullehrer müssen sich einer Fortbildung unterziehen. Nur dann ist das Ziel zu erreichen, innerhalb der nächsten zehn Jahre die neunjährige Schulpflicht einzuführen. Es dürfe, so wurde gefordert, an Grund- und Mittelschulen keine unqualifizierten Lehrer mehr geben, und ohne daß genügend kompetente Lehrer zur Verfügung stünden, dürfe keine Schule neu eröffnet oder erweitert werden.

Die Lehrerbildung zielt darauf ab, die Grundschullehrer mit einer Lehrerbildung auf Lehrerseminaren der Sekundarstufe auszustatten, die Mittelschullehrer mit einer Bildung auf einer pädagogischen Hochschule. Daneben sollen auch andere Institutionen der Hochschulebene Kurse für Mittel- und Berufsschullehrer anbieten. Insbesondere soll die Ausbildung in Mangelfächern verstärkt werden, darunter Fremdsprachen, Biologie, Musik und Kunst (XNA, 21.11.85).

-st-

*(14)

Arbeitskonferenz des Schriftstellerverbandes: Schöpferische Freiheit und soziale Verantwortung

Vom 31. Oktober bis zum 4. November 1985 fand in Beijing eine nationale Arbeitskonferenz des Chinesischen Schriftstellerverbandes statt. Insgesamt wurde die Situation der chinesischen Literatur als sehr gut hingestellt. Die vielen Neuerscheinungen literarischer Werke und die große Anzahl literarischer Zeitschriften, von denen es mittlerweile über 700 gibt (XNA, 1.11.85), zeugten von der Atmosphäre der schöpferischen Freiheit, die insbesondere seit dem 4. Schriftstellerkongreß vom

Dezember 1984 (vgl. C.a. 1985/1, Ü 24) herrsche, hieß es von seiten der Verbandsleitung. In einem Interview mit Xinhua erklärte das Sekretariatsmitglied Bao Chang, in diesem Jahr seien mehr als 200 längere Romane, 1.500 kurze Romane, 10.000 Kurzgeschichten und 50.000 Gedichte erschienen. Die Zeitschrift "Volksliteratur", das Organ des Schriftstellerverbandes, habe in diesem Jahr Werke von 56 jungen Autoren veröffentlicht, von denen die Hälfte Erstveröffentlichungen waren. Auch die Themen seien vielseitiger geworden, wie Xie Yongwang, Chefredakteur der "Literaturzeitung", erläuterte. Die meisten Schriftsteller befaßten sich mit gesellschaftlichen Fragen und beschränkten sich nicht mehr auf politische Themen. Neue Techniken fänden ebenfalls Eingang in die Literatur. So verwendeten die meisten Schriftsteller zwar immer noch die traditionellen Techniken des Realismus, doch würde auch schon vielfach mit dem Symbolismus gearbeitet (XNA, 5.11.85; GMRB, 5.11.85). Auch Wang Meng, der Vizepräsident des Schriftstellerverbandes, äußerte sich zur gegenwärtigen Lage der Literatur. Die meisten Schriftsteller machten es sich zur Aufgabe, die derzeitigen Reformen widerzuspiegeln und seien eng mit der Wirklichkeit verbunden. Aufgabe der Schriftsteller sei es, das Modernisierungsprogramm zu behandeln und anhand ihrer eigenen Erfahrungen und Eindrücke alle damit verbundenen gesellschaftlichen Aspekte darzustellen (XNA, 1.11.85).

Hauptthema der Rede Wang Mengs auf der Konferenz war jedoch das Verhältnis zwischen schöpferischer Freiheit und sozialem Verantwortungsgefühl. Wang betonte, daß die schöpferische Freiheit eine unabdingbare Voraussetzung für das literarische Schaffen sei. Aber es gehe nicht um Freiheit allein; vielmehr müßten die Schriftsteller auch soziale Verantwortung empfinden für das, was sie schrieben. "Unsere Freiheit des Schaffens ist die Freiheit des sozialistischen Schaffens", sagte Wang Meng. Die schöpferische Freiheit, die er meine, bedeute, daß der Schriftsteller sich an die allgemeinen gesellschaftlichen Normen halte. Die Schriftsteller müßten bewußt ihre persönliche Freiheit des Schaffens mit den Interessen der gesamten Nation und des Landes und mit der Verantwortung verbinden, die sie für die Stärkung Chinas und den Aufbau zu einem mächtigen sozialistischen Land mitbringen.

In seiner Rede übte Wang Meng auch Kritik an einigen ungunstigen Tendenzen, die in jüngster Zeit in der chinesischen Literatur aufgetaucht seien. Als erstes sprach er die

sog. Volksliteratur an, die in Wirklichkeit vulgäre Literatur sei. Er kritisierte die Tendenz, nur nach finanziellem Gewinn zu streben. Zweitens wandte er sich gegen die Auffassung einiger Literaten, der künstlerischen Gestaltung mehr Bedeutung als dem ideologischen und sozialen Gehalt zuzuschreiben. Werke, bei denen die künstlerische Qualität unter Mißachtung der sozialen Inhalte im Vordergrund stehe, seien von begrenzter Qualität und könnten nur einen kleinen Kreis ansprechen. Sie seien für die Mehrheit des Volkes unakzeptabel und könnten für den sozialen Fortschritt und die Interessen des Volkes keine positive Rolle spielen. Das dritte, was Wang bemängelte, ist die Tendenz in einigen Werken, der abstrakten menschlichen Natur zu viel Bedeutung beizumessen und die Bemühungen zu schwächen, den Patriotismus und revolutionären Heroismus zu fördern. Dazu gehörten auch Werke, die sich vorwiegend mit der Haltung des Volkes gegenüber Sex und ähnlichen Fragen befaßten (Xinhua, chin., 5.11.85, nach SWB, 11.11.85; GMRB, 6.11.85).

Freiheit und Verantwortung - dies sind die beiden Pole, zwischen denen sich die Literaten zu bewegen haben. Wer sich an die allgemeinen gesellschaftlichen Normen hält, für den gibt es zwischen diesen beiden Polen keine Konflikte. -st-

*(15)

Sieben Kommissionen des Schriftstellerverbandes reaktiviert

Auf der dritten Tagung des vierten Präsidiums des Chinesischen Schriftstellerverbandes am 5.11.1985 wurde der Beschluß gefaßt, sieben dem Verband unterstehende Kommissionen zu reaktivieren. Gleichzeitig wurden die Vorsitzenden der Kommissionen bestimmt. Im einzelnen handelt es sich um folgende Kommissionen:

1. Kommission zur Förderung der Kreativität (Vorsitzende Ding Ling, Stellvertreter Shao Hua);
2. Kommission für Literaturkritik (Feng Mu und Xie Yongwang);
3. Kommission für den Schutz der legalen Rechte und der Wohlfahrt der Schriftsteller (Chen Huangmei, Zhang Qie und Zhang Xi);
4. Kommission für den literarischen Austausch zwischen China und dem Ausland (Ye Junjian, Zhu Ziqi, Deng Youmei);
5. Kommission für Militärliteratur (Liu Baiyu, Ge Luo);
6. Kommission für Minderheitenliteratur (Tiyipjan, Maqinhu, Wureertu);
7. Kommission für literarische Pe-

riodika (Wei Junyi, Li Ziyun, Fan Cheng).
(Xinhua, chin., 5.11.85, nach SWB, 8.11.85) -st-

* (16) Standardisierung der uigurischen Sprache

Gegenwärtig werden in Xinjiang große Anstrengungen unternommen, die uigurische Sprache zu standardisieren. So wird am Spracheninstitut der Xinjianger Akademie der Sozialwissenschaften ein Wörterbuch für die Standardausprache des Uigurischen erstellt, das 30.000 Wörter umfaßt. Die Standardausprache gründet sich auf den Dialekt und die Aussprache der Hauptstadtregion Urumqi. Fortschritte werden auch auf dem Gebiet der uigurischen Grammatik, Lexikographie und Rhetorik erzielt. Eine uigurische Grammatik und ein orthographisches Wörterbuch werden gerade zusammengestellt. Diese beiden Projekte sollen der Standardisierung der uigurischen Schriftsprache dienen, die nun der Vereinheitlichung der gesprochenen Sprache folgt.

Die Standardisierung der uigurischen Sprache, so hieß es von seiten des Spracheninstituts, sei von großer Bedeutung für die Modernisierung, denn nur wenn eine Nationalität eine standardisierte Sprache habe, könne sie Fortschritte auf wirtschaftlichem und gesellschaftlichem Gebiet erzielen. Aus diesem Grunde bemühe man sich, die Standardsprache unter allen Uiguren zu verbreiten. Das Uigurische werde von 6 Millionen Uiguren gesprochen, die zumeist in der Autonomen Region der Uiguren Xinjiang lebten. Die Sprache würde auch von Uiguren in der Sowjetunion, der Türkei, Saudiarabien, Afghanistan und Pakistan gesprochen. Die uigurische Schriftsprache habe eine lange Geschichte, doch erst im 11. Jahrhundert sei die arabische Alphabet für sie eingeführt worden. Die moderne uigurische Sprache sei um die Wende des 19. Jahrhunderts entstanden (GMRB, 31.10.85; XNA, 26.10.85).

Daneben läuft auch ein Projekt zur Computerisierung der uigurischen Sprache. Das Projekt wird im Xinjianger Institut für industrielle Ingenieurwissenschaft unter Mithilfe der Pädagogischen Hochschule Südchina durchgeführt. Das System, so sagten Fachleute, könne Texte in uigurischer Schrift (also in arabischen Buchstaben) sowie in Chinesisch und Englisch bearbeiten. Das Uigurische ist die erste Sprache einer nationalen Minderheit, die erfolgreich computerisiert wird. Weitere Minderheitensprachen sollen folgen (XNA, 19.11.85). -st-

AUSSENWIRTSCHAFT

*

*

* * * * *

*(17)

Ergebnisse der Messe in Guangzhou

Wie ein Vertreter der Messeleitung in Guangzhou gegen Ende der Messe erklärte, habe die chinesische Ausfuhr gemäß einem Parteibeschluss im Mittelpunkt des Geschehens gestanden. In diesem Zusammenhang seien bereits vor Messebeginn verschiedene Maßnahmen zur Unterstützung und Förderung der Ausfuhr-tätigkeit ergriffen worden. So habe die Außenhandelsverwaltung z.B. die Straffung des Exportgeschäftes durch Einfuhr der Lizenzgeschäfte für weitere wichtige Ausfuhr-güter fortgesetzt. Vorrangiges Ziel dieser behördlichen Schritte sei die Ausschaltung des "Parallelhandels" mit Hongkong, Macau und anderen Ländern. Als vorläufiges Ergebnis sei festzustellen, daß die legitimen Importhändler nach Einführung der Exportkontrollen wieder Vertrauen gewonnen und einen Anstieg der Umsätze verzeichnet hätten.

Der Sprecher teilte weiter mit, daß auf der Messe erstmalig "viele counter-trade-Abschlüsse" getätigt worden seien. Diese Feststellung liegt auf einer Ebene mit der erklärten Absicht der chinesischen Außenhandelspolitik und -planung, künftig auch den Naturaltausch in seinen verschiedenen und teilweise höchst komplizierten Versionen als zusätzliche Methode der Importfinanzierung einzusetzen. Auf dem Gebiet der Exportförderung werden nach Angaben der genannten Quelle verschiedene Methoden praktiziert, darunter die Genehmigung zu einer unterschiedlich hohen Einbehaltung von Devisenerlösen durch die der Zentrale nachgeordneten Einheiten, Organisationen oder Gesellschaften.

Auch Zollerlaß oder -ermäßigung oder Ausfuhr, um die Gewinnlage der Exporterträge zu verbessern, bevorzugte Rohstoffversorgung bzw. Erteilung von Importlizenzen für Rohmaterial, das in China nicht oder nicht in entsprechender Qualität verfügbar ist, gehören dazu. Weitere Förderungsmaßnahmen erstrecken sich auf Finanzierungshilfen sowie Prioritäten bei der Zuteilung von Transportraum, Wasser und Energie. Den gestiegenen Verkaufsumsätzen auf der Messe sei auch die Abwertung des Renminbi gegenüber dem US-Dollar, dem Kanadischen Dollar, dem Yen und anderen Währungen zugute gekommen. Der Vertreter bezifferte den Anteil der Messeverkäufe am chinesischen Gesamtexport gegenwärtig auf noch etwa 15 bis 20 Prozent. Die Messe von Guangzhou sei führend auf dem

Gebiet des Exportverkaufs und werde diese Stellung insbesondere auch im Geschäft mit Hongkong und Macau behalten.

Als typisch für die Exportfunktion der Messe kann die bereits im Frühjahr erfolgte Zulassung der chinesisch-ausländischen Joint Venture-Gründungen in Form einer unabhängigen Verkaufsdelegation angesehen werden. Auf der Herbstveranstaltung waren insgesamt 47 Unternehmen durch die "Joint Venture Trading Delegation" repräsentiert. Vorrangiger Zweck der Teilnahme war die Exportvermarktung der Erzeugung, die in vielen Fällen der insgesamt bestehenden ca. 1.600 Joint Ventures bisher noch nicht zufriedenstellend gelöst ist, um die grundsätzlich für alle Joint Ventures gültige Bedingung des internen Devisenausgleichs zu erfüllen.

Bei den Außenhandelsgesellschaften (AHG) "Maschinen" sowie "Maschinen und Ausrüstungen" boten zahlreiche andere spezialisierte AHG-Delegationen ein an Qualität und Bandbreite zunehmend eindrucksvolles Verkaufssortiment an. Die Exponate der AHG "Maschinen" bestanden aus mehr als 250 Maschinenbauerzeugnissen in rund 30 verschiedenen Kategorien. Davon wurden etwa 40% als neue und auch lieferbare Produkte bezeichnet, die das in der Volksrepublik China erreichbare technische Niveau verkörpern.

Die AHG "Maschinen" ist nach Ausführung ihres Sprechers mehr denn je auf die Messe angewiesen, da 40-50% des jährlichen Gesamtexportes auf die beiden Veranstaltungen von Guangzhou entfallen. Der für die Herbstmesse erwartete Umsatz wurde als über den beiden letzten Messen liegend bezeichnet. Die Preise der AHG-"Maschinen"-Erzeugnisse waren bei einigen Revisionen nach oben und unten insgesamt stabil. Auf längere Sicht plane diese AHG, so erklärte der Sprecher, den Umfang der arbeitsintensiven Ausfuhr schrittweise zu reduzieren und sukzessive in die sogenannte Hochtechnologie-Qualität einzusteigen.

Die AHG "Landesprodukte und tierische Nebenerzeugnisse" mit 60 Filialen in allen Provinzen, zehn Niederlassungen im Ausland, 5.000 Produkten im Sortiment und 6.000 Kunden in 140 Ländern hat nach Ansicht ihres Generalmanagers ein von Produkt zu Produkt unterschiedliches Geschäft registriert. In teilweise deutlichem Gegensatz zu den Erfahrungen individueller Käufer bezeichnete der AHG-Vertreter das Geschäft mit den deutschen Partnern als gut und unabhängig von der Messe als kontinuierlich. Das gelte für viele Erzeugnisse,